

Bayerisches Justizministerialblatt

AMTLICH HERAUSGEGEBEN VOM BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUM
DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

Nr. 9

München, den 16. Dezember

2009

Zum Jahreswechsel

Im zu Ende gehenden Jahr 2009 durften wir ein für die Justiz bedeutsames Jubiläum feiern: 60 Jahre sind seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes vergangen. Es hat die Grundlage dafür gebildet, dass wir in einem Staat leben dürfen, der seinen Bürgerinnen und Bürgern ein Höchstmaß an Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit bietet.

Die Erfolgsgeschichte des Grundgesetzes darf aber nicht dazu verleiten, sich zufrieden zurückzulehnen. Der Rechtsstaat ist kein Geschenk, das man mit der Verfassungsurkunde einmal überreicht bekommt und dann für immer behält. Tatsächlich muss er fortwährend gegen verschiedenste Bedrohungen verteidigt werden. Manche Bedrohung liegt klar auf der Hand, wie beispielsweise die durch Terroristen, die den Dschihad nach Deutschland tragen wollen. Aber auch aus der Mitte der Gesellschaft droht Gefahr. Die Wirtschaftskrise hat nicht nur Kapital vernichtet, sie hat insbesondere Vertrauen zerstört. Vertrauen in die Verlässlichkeit der Akteure auf dem Finanzsektor, aber auch Vertrauen in einen effektiven rechtlichen Schutz der Gesellschaft vor einer ungerechten Verteilung von Chancen und Risiken in der freien Marktwirtschaft.

Auch die Rechtspolitik ist berufen, Regeln zu schaffen, die dieses Vertrauen der Bevölkerung schützen und wiederherstellen. Ich habe mich bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin für entsprechende Gesetzesänderungen eingesetzt und werde dies auch künftig auf allen Ebenen tun.

Aufgabe der Justiz ist es, dem Recht Gehör zu verschaffen und den Rechtsstaat damit lebendig zu erhalten. Sie alle, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, tragen Tag für Tag dazu bei, dass die Gesellschaft auf einen funktionierenden und gerechten Rechtsstaat vertrauen darf. Dabei waren Sie im vergangenen Jahr immer wieder bereit, bis an die Grenze der Belastbarkeit und oft auch darüber hinaus zu gehen. Dafür sage ich Ihnen von Herzen „Vergelt's Gott"! Und ich hoffe, dass Sie Ihre Aufgaben auch weiterhin so motiviert und engagiert angehen. Dann wird die bayerische Justiz zweifellos auch in Zukunft eine Spitzenstellung im bundesweiten Vergleich einnehmen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein friedliches und gesegnetes Weihnachtsfest sowie Glück, Gesundheit und Gottes Segen für das kommende Jahr 2010.

München, im Dezember 2009



Dr. Beate Merk
Bayerische Staatsministerin der
Justiz und für Verbraucherschutz

Inhaltsübersicht

Datum		Seite
	Bekanntmachungen	
08.09.2009	2032.3-J Änderung der Bekanntmachung über die Vergütung für die örtlichen Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft	119
19.10.2009	3003.7-J Änderung der Bekanntmachung über die Veröffentlichung gerichtlicher Bekanntmachungen	119
27.10.2009	2030.8.7-F Fahrtkostenzuschuss für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte	119
04.12.2009	2030.2.3-J Änderung der Bekanntmachung über die Beurteilung der Beamten des Justizdienstes (ausgenommen Staatsanwälte) und des Justizvollzugsdienstes	119
	Stellenausschreibungen	142
	Personalnachrichten	
	Veränderungen im Bereich der Notare	143
	Literaturhinweise	144

– Dieser Ausgabe liegt das Jahreshaltsverzeichnis 2009 bei. –

Bekanntmachungen

2032.3-J

Änderung der Bekanntmachung über die Vergütung für die örtlichen Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz**

vom 8. September 2009 Az.: 2103 - IV - 46/99

1. In Nr. 2 Satz 2 der Bekanntmachung über die Vergütung für die örtlichen Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft vom 10. November 1980 (JMBl S. 227), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 8. November 2001 (JMBl S. 210), wird der Betrag „7,67 €“ durch den Betrag „8,08 €“ ersetzt.
2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2009 in Kraft.

3003.7-J

Änderung der Bekanntmachung über die Veröffentlichung gerichtlicher Bekanntmachungen

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz**

vom 19. Oktober 2009 Az.: 1243 - I - 10348/2009

1. Nr. 3 der Bekanntmachung über die Veröffentlichung gerichtlicher Bekanntmachungen vom 17. November 2006 (JMBl S. 189), geändert durch Bekanntmachung vom 28. August 2007 (JMBl S. 116), wird wie folgt gefasst:
 - „3. Öffentliche Bekanntmachung von Registereintragungen

Amtliche Bekanntmachungen der Eintragungen in das Handelsregister, das Genossenschaftsregister, das Vereinsregister und das Partnerschaftsregister werden veröffentlicht unter

<http://www.handelsregister.de>

(§ 8b Abs. 2 Nrn. 1 bis 3, § 10 Satz 1 Handelsgesetzbuch, § 156 Abs. 1 Satz 3 Genossenschaftsgesetz, § 66 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch und § 5 Abs. 2 Partnerschaftsgesellschaftsgesetz in Verbindung mit § 7 Partnerschaftsregisterverordnung).“
2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 30. September 2009 in Kraft.

2030.8.7-F

Fahrkostenzuschuss für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
der Finanzen**

**vom 27. Oktober 2009 Az.: 24 - P 1728 - 025 - 40 411/09
(veröffentlicht: FMBl S. 430, StAnz Nr. 44)**

Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen über den Fahrkostenzuschuss für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2001 (FMBl 2002 S. 69, StAnz Nr. 27, abgedruckt: JMBl 2002 S. 59), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 2. Juni 2008 (FMBl S. 134, StAnz Nr. 23, abgedruckt JMBl S. 139), wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 3.2 wird die Zahl „63,00“ durch die Zahl „66,00“ ersetzt.
2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

2030.2.3-J

Änderung der Bekanntmachung über die Beurteilung der Beamten des Justizdienstes (ausgenommen Staatsanwälte) und des Justizvollzugsdienstes

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz**

vom 4. Dezember 2009 Az.: 2012 - V - 8360/09

1. Die Bekanntmachung über die Beurteilung der Beamten des Justizdienstes (ausgenommen Staatsanwälte) und des Justizvollzugsdienstes vom 2. März 2000 (JMBl S. 41) wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Im Einleitungssatz werden die Worte „155 Halbsatz 2 BayBG, § 51 Abs. 6 der Laufbahnverordnung (LbV), Nr. 10.1 der materiellen Beurteilungsrichtlinien (FMBek vom 4. Januar 1999, StAnz Nr. 2)“ durch die Worte „15 Halbsatz 2 BayBG, § 61 Abs. 6 der Laufbahnverordnung (LbV), Abschnitt 3 Nr. 11.1 der Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht (VV-BeamtR)“ ersetzt.
 - 1.2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
 - 1.2.1 In Nr. 1.1 werden nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ angefügt.
 - 1.2.2 In Nr. 1.2 werden die Zahl „118“ durch die Zahl „44“ und die Worte „Abschnitt V LbV, die materiellen Beurteilungsrichtlinien vom 4. Januar 1999 (StAnz Nr. 2) – künftig FMBek genannt – und“ durch die Worte „Teil 5 der LbV, Abschnitt 3 der VV-BeamtR und die“ ersetzt.

- 1.2.3 In Nr. 1.3 werden die Worte „25 Abs. 2 SchwbG, § 14 Abs. 2 LbV und Abschnitt VI des Fürsorgeerlasses vom 8. August 1990 (Beilage zum StAnz Nr. 35)“ durch die Worte „95 Abs. 2 SGB IX, § 13 Abs. 2 LbV und Abschnitt IX der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 3. Dezember 2005 über die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Angehöriger des öffentlichen Dienstes in Bayern – „Fürsorge-richtlinien“ 2005 – (StAnz Nr. 50)“ ersetzt.
- 1.3 Nr. 2 wird wie folgt geändert:
- 1.3.1 In Nr. 2.2 Satz 1 wird die Zahl „51“ durch die Zahl „61“ ersetzt.
- 1.3.2 In Nr. 2.2 Satz 7 werden die Worte „Nr. 3.3 FMBek“ durch die Worte „Art. 14 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 BayGlG, Abschnitt 3 Nr. 4 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.3.3 In Nr. 2.3 Satz 2 Halbsatz 1 werden die Worte „Nr. 3.1 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 3.1 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4 Nr. 3 wird wie folgt geändert:
- 1.4.1 In Nr. 3.1.1 Satz 2 wird die Zahl „49“ durch die Zahl „59“ ersetzt.
- 1.4.2 In Nr. 3.1.2 wird die Zahl „10“ durch die Zahl „8“ ersetzt.
- 1.4.3 In Nr. 3.1.3 wird die Zahl „53“ durch die Zahl „63“ ersetzt.
- 1.4.4 In Nr. 3.1.4 wird in Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 jeweils die Zahl „10“ durch die Zahl „8“ ersetzt.
- 1.4.5 Nach Nr. 3.1.4 wird folgende neue Nr. 3.1.5 eingefügt:
- „3.1.5 Abweichend von Nr. 3.1.1 sind Aufstiegsbeamte des höheren Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienstes sowie Verwendungsaufstiegsbeamte des gehobenen Justizverwaltungsdienstes, des mittleren Justizbetriebsdienstes und des mittleren technischen Dienstes erstmals in dem Jahr periodisch zu beurteilen, das dem Jahr der Ernennung im Eingangsammt ihrer neuen Laufbahn folgt.
- Stichtag ist der 1. Juli eines jeden Jahres. Liegt die Ernennung im Eingangsammt der neuen Laufbahn zu diesem Zeitpunkt weniger als ein Jahr zurück, ist Stichtag der 1. Januar des folgenden Jahres.
- Als Beurteilungszeitraum ist in diesen Fällen abweichend von Nr. 3.1.2 die Zeit von der Ernennung im Eingangsammt der neuen Laufbahn bis zum letzten Tag vor dem Stichtag zugrunde zu legen.
- Für die weiteren periodischen Beurteilungen verbleibt es bei der Regelung in Nr. 3.1.1.“
- 1.4.6 Die bisherige Nr. 3.1.5 wird Nr. 3.1.6 und wie folgt geändert: Die Angabe „§§ 9a, 13“ wird durch die Angabe „§ 12“ ersetzt.
- 1.4.7 In Nr. 3.2 Satz 1 wird die Zahl „49“ durch die Zahl „59“ ersetzt.
- 1.4.8 In Nr. 3.2.1 wird die Zahl „10“ jeweils durch die Zahl „8“ ersetzt.
- 1.4.9 In Nr. 3.2.3 Satz 1 werden die Worte „während der Beurteilungsperiode Erziehungs- oder Sonderurlaub hatten“ durch die Worte „sich während der Beurteilungsperiode in Elternzeit (ohne Teilzeitbeschäftigung) befanden“ ersetzt.
- 1.4.10 In Nr. 3.3 Satz 2 wird die Zahl „100c“ durch die Zahl „106“ ersetzt.
- 1.4.11 In Nr. 3.4.2 werden die Worte „Nr. 5.1 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 6.1 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4.12 Nr. 3.4.3 wird wie folgt geändert:
- 1.4.12.1 In Abs. 1 werden die Worte „Nr. 3.2.3 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 3.2.3 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4.12.2 In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Nr. 5.2.2.2 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 6.2.2.2 VV-Beamtr“ und die Worte „Nr. 7 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 8 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4.12.3 In Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „Nr. 5.2.6 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 6.2.6 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4.12.4 In Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „Nr. 5.2.5 Abs. 4 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 6.2.5 Abs. 4 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4.12.5 In Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „52 Abs. 2 Satz 2 LbV, Nr. 6.1.1 FMBek“ durch die Worte „62 Abs. 2 Satz 2 LbV, Abschnitt 3 Nr. 7.1.1 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4.13 In Nr. 3.4.4 werden die Worte „Nr. 5.3 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 6.3 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4.14 Nr. 3.5.1 wird wie folgt geändert:
- 1.4.14.1 In Satz 1 werden die Worte „Nr. 9 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 10 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4.14.2 In Satz 3 werden die Worte „Nr. 9.3 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 10.3 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.4.15 In Nr. 3.5.4 werden die Worte „Nr. 9.5 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 10.6 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.5 Nr. 5 wird wie folgt geändert:
- 1.5.1 Nr. 5.1.1 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
- „Unter den Voraussetzungen des Abschnitts 3 Nr. 6.5.1 VV-Beamtr kann eine vereinfachte Beurteilung erstellt werden, wenn das Gesamturteil gleich geblieben ist.“
- 1.5.2 Nr. 5.2.1 wird wie folgt geändert:
- 1.5.2.1 In Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „8 Abs. 5“ durch die Worte „6 Abs. 3“ und die Worte „8 Abs. 6“ durch die Worte „6 Abs. 4“ ersetzt.

- 1.5.2.2 In Satz 2 werden die Worte „Nrn. 5.1, 5.5.2 und 6.2 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nrn. 6.1, 6.5.2 und 7.2 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.5.3 Nr. 5.2.2 wird wie folgt geändert:
- 1.5.3.1 Sätze 1 und 3 werden gestrichen; der bisherige Satz 2 wird einziger Satz.
- 1.5.3.2 Die Zahl „29“ wird durch die Zahl „37“, die Zahl „32“ durch die Zahl „40“, die Zahl „36“ durch die Zahl „44“ und die Zahl „40“ durch die Zahl „49“ ersetzt.
- 1.5.4 In Nr. 5.2.4 Satz 2 werden die Worte „Nr. 2.4 letzter Satz FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 2.4 Satz 4 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.6 Nr. 6.1 wird wie folgt geändert:
- 1.6.1 In Satz 1 wird die Zahl „52“ durch die Zahl „62“ ersetzt.
- 1.6.2 In Satz 2 werden die Worte „Nr. 5.6 FMBek“ durch die Worte „Abschnitt 3 Nr. 6.6 VV-Beamtr“ ersetzt.
- 1.7 Nr. 7 wird wie folgt geändert:
- 1.7.1 In Nr. 7.1 werden die Zahl „53“ durch die Zahl „63“ und die Zahl „54“ durch die Zahl „64“ ersetzt.
- 1.7.2 In Nr. 7.2 werden nach dem Wort „Justiz“ jeweils die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt und wird die Zahl „53“ durch die Zahl „63“ ersetzt.
- 1.7.3 In Nr. 7.3 Satz 1 werden nach dem Wort „Justiz“ die Worte „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.
- 1.7.4 In Nr. 7.3 Satz 2 Spiegelstrich 2 wird der Klammerzusatz wie folgt gefasst:
„(Nrn. 3.1.4, 3.1.5)“.
- 1.8 Nr. 8 wird aufgehoben. Die bisherige Nr. 9 wird Nr. 8.
- 1.9 Die Formblattmuster für die dienstliche Beurteilung der Beamten des gehobenen und des höheren Dienstes, für die dienstliche Beurteilung der Beamten des mittleren Dienstes, für die dienstliche Beurteilung der Beamten des einfachen Dienstes, für die vereinfachte dienstliche Beurteilung und für die Probezeitbeurteilung werden durch die dieser Bekanntmachung als Anlage 1 bis 5 beigefügten Formblattmuster ersetzt.
2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Formblatt Beurteilung gehobener und höherer Dienst
- Anlage 2: Formblatt Beurteilung mittlerer Dienst
- Anlage 3: Formblatt Beurteilung einfacher Dienst
- Anlage 4: Formblatt Beurteilung vereinfacht
- Anlage 5: Formblatt Probezeitbeurteilung

Anlage 1

Beurteilende Dienststelle

PA-Nr.

Beurteilungsjahr

--	--	--

Dienstliche Beurteilung
 Periodische Beurteilung
gemäß §§ 57 ff LbV

 Zwischenbeurteilung

 Beurteilung aus besonderem Anlass

 Beurteilungsbeitrag

Anlass:

für

Dienst-/Amtsbezeichnung	Vor- und Zuname
geboren am	letzte Ernennung (Beförderung)
bei Beamtinnen und Beamten im Eingangsam: Ablauf der Probezeit am	
Schwerbehinderung <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Grad der Behinderung:	

Beurteilungszeitraum vom _____ bis _____
1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

von _____ bis _____ davon teilzeitbeschäftigt von _____ bis _____ (Arbeitszeitanteil)	Dienststelle	Art der Tätigkeit Beschreibung des Aufgabengebiets

2. Beurteilungsmerkmale

2.1 Fachliche Leistung

2.1.1 Arbeitserfolg

- Arbeitsmenge

- Arbeitsgüte
(Sorgfalt und Gründlichkeit, Beachten von inhaltlichen und formalen Vorgaben,
Sonstiges: _____)

- Arbeitseinsatz
(Persönliches Engagement und Leistungsbereitschaft)

Punktwert

2.1.2 Arbeitsweise

- Eigeninitiative; Selbstständigkeit
(Handeln ohne Anstoß und Anleitung)

- Planungsvermögen
(zielgerichtetes Ausrichten von Arbeitsabläufen)

- Organisationsfähigkeit
(Selbstorganisation, Setzen von Prioritäten)

- Arbeitstempo

- Teamverhalten
(Zusammenarbeit mit Vorgesetzten, Zusammenarbeit mit Kolleginnen und
Kollegen, Konfliktbewältigung, Informations- und Kommunikationsverhalten)

- Verhalten nach außen
(Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern, nachgeordneten Behörden,
anderen Dienststellen und Institutionen; dienstleistungsorientiertes Verhalten)

- wirtschaftliches Verhalten, Kostenbewusstsein
(Inanspruchnahme von Personalkapazitäten und Sachmitteln)

Punktwert

2.1.3 Führungsverhalten

- Organisation

- Anleitung und Aufsicht
(fachliche Anleitung, Führen durch Zielvereinbarungen, kooperativer Führungsstil,
Delegation)

- Motivation und Förderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
(Förderung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung,
Förderung der beruflichen Fortentwicklung)

- Konfliktbewältigung als Vorgesetzter

Punktwert

2.2 Eignung und Befähigung

2.2.1 Eignung

- Auffassungsgabe
- geistige Beweglichkeit
(Kreativität, Aufgeschlossenheit für neue Aufgaben)
- Urteilsvermögen
- Entschlusskraft, Entscheidungsfreude, Verantwortungsbereitschaft
- Einsatzbereitschaft
(Bereitschaft zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben, Engagement)
- Belastbarkeit
(physische Belastbarkeit, psychische Belastbarkeit, Gesundheitszustand)
- Führungspotenzial

Punktwert

2.2.2 Befähigung

- Fachkenntnisse
- mündliche Ausdrucksfähigkeit
- schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Verhandlungsgeschick
- Fortbildungstreiben
- Sonstiges fachliches Können (verbale Beschreibung)
(z. B. pädagogische Befähigung, Fremdsprachenkenntnisse, EDV-Kenntnisse,
andere Spezialkenntnisse)

Punktwert

3. **Ergänzende Bemerkungen** (verbale Beschreibung)

(z. B. dienstpostenbezogene **Gewichtung** der Unterpunkte, Berücksichtigung einer Schwerbehinderung beim Beurteilungsmaßstab, Personalratstätigkeit oder Wahrnehmung sonstiger besonderer Funktionen, Besonderheiten wie Unterrichtstätigkeit usw.).

Punktwert

4. **Gesamturteil** _____
 (Nicht bei Zwischenbeurteilung oder Beurteilungsbeitrag)

5. **Verwendungseignung** (verbale Beschreibung)
 5.1 Aufstiegseignung in die nächsthöhere Laufbahn

5.2 Führungseignung

5.3 Sonstige Verwendungseignung
 (Dienstposten, Dienststellen, evtl. Einschränkungen)

Dienstvorgesetzte/r

Dienststelle, Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

Ort, Datum

Unterschrift des/der Dienstvorgesetzten

Stellungnahme des/der unmittelbaren Vorgesetzten:

Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

Ohne Einwendungen

Einwendungen, Begründung (ggf. auf gesondertem Blatt)

Ort, Datum

Unterschrift des/der Vorgesetzten

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 LbV eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten / Beamtin

--

Einverstanden / Geändert

(§ 63 Abs. 2 LbV)

Ort, Datum, Dienststelle, Unterschrift

--

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 5 LbV nochmals eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten / Beamtin

--

Anlage 2

Beurteilende Dienststelle	PA-Nr.	Beurteilungsjahr

Dienstliche Beurteilung

- Periodische Beurteilung gemäß §§ 57 ff LbV
 Zwischenbeurteilung
 Beurteilung aus besonderem Anlass
 Beurteilungsbeitrag
 Anlass:

für

Dienst-/Amtsbezeichnung	Vor- und Zuname
geboren am	letzte Ernennung (Beförderung)
bei Beamtinnen und Beamten im Eingangsamtl: Ablauf der Probezeit am	
Schwerbehinderung <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Grad der Behinderung:	

Beurteilungszeitraum vom _____ bis _____

1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

von _____ bis _____ davon teilzeitbeschäftigt von _____ bis _____ (Arbeitszeitanteil)	Dienststelle	Art der Tätigkeit Beschreibung des Aufgabengebiets

2. Beurteilungsmerkmale

2.1 Fachliche Leistung

2.1.1 Arbeitserfolg

- Arbeitsmenge

- Arbeitsgüte
(Sorgfalt und Gründlichkeit, Beachten von inhaltlichen und formalen Vorgaben,
Sonstiges: _____)
- Arbeitseinsatz
(Persönliches Engagement und Leistungsbereitschaft)

Punktwert

2.1.2 Arbeitsweise

- Eigeninitiative; Selbständigkeit
(Handeln ohne Anstoß und Anleitung)

- Organisationsfähigkeit
(Selbstorganisation, Setzen von Prioritäten)

- Arbeitstempo

- Zuverlässigkeit

- Teamverhalten
(Zusammenarbeit mit Vorgesetzten, Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen,
Konfliktbewältigung, Informations- und Kommunikationsverhalten)
- Verhalten nach außen
(Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern, nachgeordneten Behörden,
anderen Dienststellen und Institutionen; dienstleistungsorientiertes Verhalten)
- Umgang mit den Gefangenen
(nur für Justizvollzugsbedienstete)

Punktwert

2.2 Eignung und Befähigung

2.2.1 Eignung

- Auffassungsgabe

- geistige Beweglichkeit
(Kreativität, Aufgeschlossenheit für neue Aufgaben)

- Entschlusskraft, Entscheidungsfreude, Verantwortungsbereitschaft

- Einsatzbereitschaft
(Bereitschaft zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben, Engagement)

- Belastbarkeit
(physische Belastbarkeit, psychische Belastbarkeit, Gesundheitszustand)

Punktwert

2.2.2 Befähigung

- Fachkenntnisse
- mündliche Ausdrucksfähigkeit
- schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Fortbildungstreben

Punktwert

- Sonstiges fachliches Können (verbale Beschreibung)
(z. B. pädagogische Befähigung, Fremdsprachenkenntnisse, EDV-Kenntnisse, andere Spezialkenntnisse)

3. **Ergänzende Bemerkungen** (verbale Beschreibung)
(z. B. dienstpostenbezogene **Gewichtung** der Unterpunkte, Berücksichtigung einer Schwerbehinderung beim Beurteilungsmaßstab, Personalratstätigkeit oder Wahrnehmung sonstiger besonderer Funktionen, Besonderheiten wie Unterrichtstätigkeit usw.).

Punktwert

4. **Gesamturteil** _____
(Nicht bei Zwischenbeurteilung oder Beurteilungsbeitrag)

5. **Verwendungseignung** (verbale Beschreibung)

5.1 Aufstiegseignung in die nächsthöhere Laufbahn

- gehobener Justizdienst (Rechtspflegerlaufbahn)
 gehobener Justizvollzugsverwaltungsdienst bei den Justizvollzugsanstalten
 Gerichtsvollzieherlaufbahn

5.2 Führungseignung

5.3 Sonstige Verwendungseignung
(Dienstposten, Dienststellen, evtl. Einschränkungen)

Dienstvorgesetzte/r

Dienststelle, Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

--

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der Dienstvorgesetzten

--

Stellungnahme des/der unmittelbaren Vorgesetzten:

Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

--

- Ohne Einwendungen
 Einwendungen, Begründung (ggf. auf gesondertem Blatt)

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der Vorgesetzten

--

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 LbV eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten / Beamtin

--

Einverstanden / Geändert
(§ 63 Abs. 2 LbV)

Ort, Datum, Dienststelle, Unterschrift

--

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 5 LbV nochmals eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten / Beamtin

--

Anlage 3

Beurteilende Dienststelle

PA-Nr.

Beurteilungsjahr

--	--	--

Dienstliche Beurteilung
 Periodische Beurteilung
gemäß §§ 57 ff LbV

 Zwischenbeurteilung

 Beurteilung aus besonderem Anlass

 Beurteilungsbeitrag

Anlass:

für

Dienst-/Amtsbezeichnung		Vor- und Zuname	
geboren am		letzte Ernennung (Beförderung)	
bei Beamtinnen und Beamten im Eingangsamt: Ablauf der Probezeit am			
Schwerbehinderung	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, Grad der Behinderung:	

Beurteilungszeitraum vom _____ bis _____
1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

von ____ bis ____ davon teilzeitbeschäftigt von ____ bis ____ (Arbeitszeitanteil)	Dienststelle	Art der Tätigkeit Beschreibung des Aufgabengebiets

2. Beurteilungsmerkmale

2.1 Fachliche Leistung

- 2.1.1 Arbeitserfolg
- Arbeitsmenge

 - Arbeitsgüte
(Sorgfalt und Gründlichkeit, Beachten von inhaltlichen und formalen Vorgaben,
Sonstiges: _____)

Punktwert

- 2.1.2 Arbeitsweise
- Selbständigkeit

 - Arbeitstempo

 - Zuverlässigkeit

 - Teamverhalten
(Zusammenarbeit mit Vorgesetzten, Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen,
Konfliktbewältigung, Informations- und Kommunikationsverhalten)
 - Verhalten gegenüber Bürgern

 - Praktisches Geschick

Punktwert

2.2 Eignung und Befähigung

- 2.2.1 Eignung
- Einsatzbereitschaft
(Bereitschaft zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben, Engagement)

 - Belastbarkeit
(physische Belastbarkeit, psychische Belastbarkeit, Gesundheitszustand)

Punktwert

- 2.2.2 Befähigung
- Fachkenntnisse

 - Sonstiges fachliches Können (verbale Beschreibung)
(z.B. pädagogische Befähigung, Fremdsprachenkenntnisse, EDV-Kenntnisse,
andere Spezialkenntnisse)

Punktwert

3. Ergänzende Bemerkungen (verbale Beschreibung)
(z.B. dienstpostenbezogene **Gewichtung** der Unterpunkte, Berücksichtigung einer Schwerbehinderung beim Beurteilungsmaßstab, Personalratsstätigkeit oder Wahrnehmung sonstiger besonderer Funktionen, Besonderheiten wie Unterrichtstätigkeit usw.).

Punktwert

4. **Gesamturteil** _____
 (Nicht bei Zwischenbeurteilung oder Beurteilungsbeitrag)

5. **Verwendungseignung** (verbale Beschreibung)

- 5.1 Aufstiegseignung für die nächsthöhere Laufbahn

mittlerer Justizdienst

Justizbetriebsdienst

- 5.2 Sonstige Verwendungseignung
 (Dienstposten, Dienststellen, evtl. Einschränkungen)

Dienstvorgesetzte/r

Dienststelle, Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

--

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der Dienstvorgesetzten

--

Stellungnahme des/der unmittelbaren Vorgesetzten:

Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

--

Ohne Einwendungen

Einwendungen, Begründung (ggf. auf gesondertem Blatt)

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der Vorgesetzten

--

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 LbV eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten/ Beamtin

--

Einverstanden / Geändert
(§ 63 Abs. 2 LbV)

Ort, Datum, Dienststelle, Unterschrift

--

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 5 LbV nochmals eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten/ Beamtin

--

Beurteilende Dienststelle

PA-Nr.

Beurteilungsjahr

--	--	--

Dienstliche Beurteilung

Vereinfachte Beurteilung

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Periodische Beurteilung
gemäß §§ 57 ff LbV | <input type="checkbox"/> Zwischenbeurteilung |
| <input type="checkbox"/> Beurteilung aus besonderem Anlass | <input type="checkbox"/> Beurteilungsbeitrag |

Anlass:

für

Dienst-/Amtsbezeichnung	Vor- und Zuname
geboren am	letzte Ernennung (Beförderung)
bei Beamtinnen und Beamten im Eingangsamt: Ablauf der Probezeit am	
Schwerbehinderung <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Grad der Behinderung:	

Beurteilungszeitraum vom _____ bis _____

1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

von ____ bis ____ davon teilzeitbeschäftigt von ____ bis ____ (Arbeitszeitanteil)	Dienststelle	Art der Tätigkeit Beschreibung des Aufgabengebiets

2. Beurteilung

Die periodische Beurteilung vom _____
mit dem Gesamturteil (Punktwert) _____

Zwischenbeurteilung vom _____

wird unverändert übernommen.

unter Änderung in folgenden Punkten übernommen:

3. Verwendungseignung

Die in der Ausgangsbeurteilung festgestellte Verwendungseignung wird

unverändert übernommen.

unter Änderung in folgenden Punkten übernommen:

Dienstvorgesetzte/r

Dienststelle, Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

--

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der Dienstvorgesetzten

--

Stellungnahme des/der unmittelbaren Vorgesetzten:

Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

--

 Ohne Einwendungen Einwendungen, Begründung (ggf. auf gesondertem Blatt)

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der Vorgesetzten

--

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 LbV eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten / Beamtin

--

Einverstanden / Geändert

(§ 63 Abs. 2 LbV)

Ort, Datum, Dienststelle, Unterschrift

--

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 5 LbV nochmals eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten / Beamtin

--

Anlage 5

Beurteilende Dienststelle	PA-Nr.	Beurteilungsjahr

Probezeitbeurteilung

Zwischenbeurteilung¹⁾ Beurteilungsbeitrag¹⁾

für

Dienst-/Amtsbezeichnung	Vor- und Zuname
geboren am	Ablauf der Probezeit am <input type="checkbox"/> Ablauf der abgekürzten Probezeit am <input type="checkbox"/> Ablauf der verlängerten Probezeit am <input type="checkbox"/>
Schwerbehinderung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Grad der Behinderung:

Beurteilungszeitraum vom _____ bis _____

1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

von _____ bis _____ davon teilzeitbeschäftigt von _____ bis _____ (Arbeitszeitanteil)	Dienststelle	Art der Tätigkeit Beschreibung des Aufgabengebiets

2. Beurteilung (Gesamtwürdigung – Eignung [auch gesundheitliche Eignung], Befähigung, Leistung)

¹⁾ Bei Bedarf ankreuzen

3. Abschließende Bewertung (Nicht bei Zwischenbeurteilung oder Beurteilungsbeitrag)

Der Beamte/Die Beamtin ist für eine Verwendung auf einem Dienstposten des Eingangsamtes seiner/ihrer Laufbahn und die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

geeignet.

noch nicht geeignet.

nicht geeignet.

Dienstvorgesetzte/r

Dienststelle, Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

--

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der Dienstvorgesetzten

--

Stellungnahme des/der unmittelbaren Vorgesetzten:

Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

--

Ohne Einwendungen

Einwendungen, Begründung (ggf. auf gesondertem Blatt)

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der Vorgesetzten

--

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 LbV eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten/ Beamtin

--

Einverstanden / Geändert
(§ 63 Abs. 2 LbV)

Ort, Datum, Dienststelle, Unterschrift

--

Gemäß § 64 Abs. 1 Satz 5 LbV nochmals eröffnet erhalten:

Ort, Datum

--

Unterschrift des/der beurteilten Beamten/ Beamtin

--

Stellenausschreibungen

I. Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern um folgende Stellen entgegengesehen, die mit Ausnahme der Nrn. 2, 3 und 5 auch durch Teilzeitkräfte besetzt werden können:

1. Vorsitzende Richter an den Landgerichten (Besoldungsgruppe R 2)
in Ingolstadt und Würzburg
2. Direktoren der Amtsgerichte (Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage)
in Ansbach, Coburg und Gemünden a. Main
3. Richter am Amtsgericht als ständiger Vertreter des Direktors dieses Gerichts (Besoldungsgruppe R 2)
in Freising
4. Richter am Amtsgericht als weiterer aufsichtführender Richter (Besoldungsgruppe R 2)
in Fürth
5. Leitender Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft (Besoldungsgruppe R 3)
in München

Die Stelle umfasst die Bearbeitung von Personalangelegenheiten aller Beamtenlaufbahnen und von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die Bewerber müssen deshalb über einschlägige Erfahrungen in diesen Aufgaben verfügen.

6. Staatsanwälte als Gruppenleiter bei den Staatsanwaltschaften (Besoldungsgruppe R 1 mit Amtszulage)
in München I und München II

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 Bayerisches Gleichstellungsgesetz).

Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern geeignet; diese werden bei im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt.

Bewerbungsfrist: 11. Januar 2010.

II. Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern um folgende Stellen entgegengesehen:

1. Geschäftsleiter bei dem Amtsgericht Kitzingen in Besoldungsgruppe A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach Besoldungsgruppe A 13.
2. Gruppenleiter bei dem Amtsgericht München in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12. Zur Bewerbung aufgefordert sind Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger der BesGr. A 11.

3. Herausgehobener Sachbearbeiter bei dem Oberlandesgericht Bamberg in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12. Zur Dienstaufgabe gehören insbesondere die Mitarbeit in Personalangelegenheiten der Beamten des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes sowie der Gerichtsvollzieher. Vorausgesetzt werden vertiefte und in der Praxis erprobte Kenntnisse in der Justizverwaltung insbesondere im Personalbereich und in den gängigen EDV-Anwendungen. Zur Bewerbung aufgefordert sind Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger der BesGr. A 10 und A 11.

4. Koordinationsaufgaben im Bereich Textentwicklung bei der Gemeinsamen IT-Stelle der bayerischen Justiz bei dem Oberlandesgericht München in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12. Zur Geschäftsaufgabe gehören Grundsatzaufgaben zur Weiterentwicklung und Administration des Textsystems forumSTAR-Text, sowie die Durchführung und länderübergreifende Koordination von Fehlermanagement- und Change Request Prozessen. Erforderlich sind langjährige, vertiefte Kenntnisse in der Entwicklung des Textsystems forumSTAR-Text, der Betriebssysteme und der Datenbankstrukturen der in der bayerischen Justiz eingesetzten Textverarbeitung; Erfahrungen in der Koordination vielfältiger und komplexer Änderungsprozesse und sehr gute organisatorische und kommunikative Fähigkeiten. Die Bereitschaft zur Reisetätigkeit wird vorausgesetzt.

5. Koordinationsaufgaben für Grundsatzfragen forumSTAR-Familie bei der Gemeinsamen IT-Stelle der bayerischen Justiz bei dem Oberlandesgericht München in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12. Zur Geschäftsaufgabe gehört die Koordination der Weiterentwicklung von forumSTAR-Familie mit verbundweiter Prüfung und Abstimmung von Konzepten (Clearingstelle). Vorausgesetzt werden umfassende konzeptionelle Kenntnis von forumSTAR-Familie und forumSTAR-Basis; langjährige Erfahrung in der innovativen Entwicklung von EDV-Verfahren in einem Entwicklungsverbund mit externem Auftragnehmer und der Koordination vielfältiger und komplexer Änderungsprozesse; sehr gute Kenntnisse der Praxis der Familiengerichte, sowie die Bereitschaft zu häufiger Reisetätigkeit.

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 Bayerisches Gleichstellungsgesetz). Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit einer schwerbehinderten Bewerberin/einem schwerbehinderten Bewerber geeignet; diese/r wird bei im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt. Hinsichtlich des Anforderungsprofils der unter Nrn. 1 und 2 ausgeschriebenen Stellen wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 27. März 2002 (JMBl S. 53) Bezug genommen. Die in Nrn. 2 bis 5 ausgeschriebenen Stellen können auch durch eine Teilzeitkraft besetzt werden.

Bewerbungsfrist: 11. Januar 2010.

III. Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern um folgende Notarstellen entgegengesehen:

Frei werdende Notarstellen:

Augsburg frei ab 1. Februar 2010	(derzeitiger Inhaber: Notar Gerhard Weichsel- baumer)
Eichstätt frei ab 1. Februar 2010	(derzeitige Inhaberin: Notarin Dr. Annette Schneider evtl. in gemeinsamer Berufsausübung mit Notarin Dr. Ursula Philipp)
Weiden i. d. Opf. frei ab 1. April 2010	(derzeitiger Inhaber: Notar Falk Knies evtl. in gemeinsamer Berufsausübung mit Notar Dr. Thomas Schiffner)
Haßfurt frei ab 1. August 2010	(derzeitiger Inhaber: Notar Edgar Hartmann)

Notarassessorinnen und Notarassessoren können sich um alle ausgeschriebenen Notarstellen bewerben. Es wird Bewerbungen von Notarassessorinnen und Notarassessoren entgegengesehen, die zum

- 1. April 2010 (Notarstelle in Augsburg),
- 1. Mai 2010 (Notarstellen in Eichstätt und Weiden i. d. Opf.) bzw.
- 1. August 2010 (Notarstelle in Haßfurt)

eine dreijährige Mindestanwärterzeit (§ 7 Abs. 1 BNotO) vollendet haben. Die genannten Stichtage gelten für Notare entsprechend hinsichtlich der Mindestverweildauer am bisherigen Amtssitz.

Die Bewerber um die Notarstellen in Eichstätt und Weiden i. d. Opf. haben anzugeben, ob sie bereit sind, eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung einzugehen, ob ihre Bewerbung nur für den Fall gilt, dass eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung zustande kommt, oder ob die Bewerbung auch dann gelten soll, wenn eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung nicht vereinbart wird.

Wird eine Bewerbung nur für den Fall abgegeben, dass eine gemeinsame Berufsausübung zustande kommt, gilt sie auch dann, wenn der verbleibende Notar gemäß Abschnitt V Nr. 4 Buchst. b der Richtlinien für die Amtspflichten und sonstigen Pflichten der Mitglieder der Landesnotarkammer Bayern nach § 67 Abs. 2 BNotO die Übergabe der vollwertigen Notarstelle des ausgeschiedenen Notars anbietet.

Die Bewerber um die Notarstelle in Weiden i. d. Opf. werden darauf hingewiesen, dass sich Änderungen im Umfang des Amtsbereichs ergeben können, sofern eine Anpassung der Amtsbereichsgrenzen an geänderte Verwaltungsbezirksgrenzen notwendig ist.

Bewerbungsfrist: 18. Januar 2010.

Das Bewerbungsgesuch ist bei der Landesnotarkammer Bayern einzureichen.

Personalnachrichten

Veränderungen im Bereich der Notare

Es wurde(n) bestellt

- mit Wirkung vom 1. Februar 2010
Notarassessor Johannes Benz zum Notar auf Lebenszeit mit dem Amtssitz in Kelheim

Den Amtssitz hat(ben) verlegt

- mit Wirkung vom 1. Januar 2010
Notar Dr. Wolfgang Löbl von Zwiesel nach Landau a. d. Isar
- mit Wirkung vom 1. Februar 2010
Notarin Dr. Annette Schneider von Eichstätt nach Schwabach
Notar Gerhard Weichselbaumer von Augsburg nach München

Auf Verlangen wurde(n) entlassen

- mit Wirkung vom 1. März 2010
Notar Dr. Hans-Jürgen Heil in Coburg
- mit Wirkung vom 1. April 2010
Notar Falk Knies in Weiden i. d. Opf.
- mit Wirkung vom 1. Mai 2010
Notar Gerhard Wolf in Bamberg
- mit Wirkung vom 1. Juli 2010
Notar Hermann Schad in Aschaffenburg

Das Amt ist erloschen

- mit Wirkung vom 1. Februar 2010
Notar Dr. Wolfgang Reuss in München
Notar Dr. Heinrich Joachim in Schwabach
- mit Wirkung vom 1. März 2010
Notar Dr. Friedrich Schalkhaußer in München

Literaturhinweise

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München

36. Ergänzungslieferung zu Heiß/Born, Unterhaltsrecht. Ein Handbuch für die Praxis. Stand September 2009. 850 Seiten. 54,00 €.

Verlagsgruppe Hühlig-Jehle-Rehm GmbH, München

Breier, TVöD Eingruppierung in der Praxis. 59,95 € bis 31.03.2010 danach 89,95 €.

17. Ergänzungslieferung zu Wilde/Ehmann, Bayerisches Datenschutzgesetz. Kommentar. Stand Juni 2009. 46,95 €.

22. und 23. Ergänzungslieferung zu Breier/Dassau, TV-L: Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst.

22. ErgLfg. Stand Oktober 2009. 90,95 €.

23. ErgLfg. Stand November 2009. 85,95 €.

28. Ergänzungslieferung zu Linhart, Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung. Stand 1. September 2009. 52,95 €.

33. Ergänzungslieferung zu Breier/Dassau/Kiefer, TVöD: Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst. Stand Oktober 2009. 97,95 €.

47. Ergänzungslieferung zu Claus/Brockpähler/Teichert, Lexikon der Eingruppierung. Stand September 2009. 77,95 €.

74. Ergänzungslieferung zu Uttlinger/Saller, Das Umzugskostenrecht in Bayern. Kommentar. Stand 1. Juli 2009. 40,95 €.

75. Ergänzungslieferung zu Weber/Banse, Das Urlaubsrecht des öffentlichen Dienstes. Mit Kommentierung des Bundesrechts. Stand Oktober 2009. 80,95 €.

81. Ergänzungslieferung zu Lange/Novak/Sander/Stahl/Weinhold, Kindergeldrecht im öffentlichen Dienst. Kommentar. Stand 1. September 2009. 88,95 €.

121. Ergänzungslieferung zu Ballerstedt/Schleicher/Faber, Bayerisches Personalvertretungsgesetz mit Wahlordnung. Kommentar. Stand 1. November 2009. 97,95 €.

131. Ergänzungslieferung zu Mildenerger/Pühler, Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen. Kommentar. Stand 1. September 2009. 86,95 €.

143. Ergänzungslieferung zu Schwegmann/Summer, Bundesbesoldungsgesetz. Kommentar. Stand September 2009. 99,95 €.

156. Ergänzungslieferung zu Weiß/Niedermaier/Summer, Beamtenrecht in Bayern. Kommentar. Stand September 2009. 112,95 €.

199. Ergänzungslieferung zu Uttlinger/Breier/Kiefer/Hoffmann/Dassau, Bundes-Angestelltentarifvertrag. Kommentar. Stand Oktober 2009. 64,95 €.

Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Maurischat, Jagdrecht Schleswig-Holstein. Kommunale Schriften für Schleswig-Holstein. Textausgabe. 11. Auflage. 300 Seiten. Kart. 24,00 €.

Carl Link Verlag, Kronach

22. Ergänzungslieferung zu Wiedemann/Fritsch, Allgemeine Geschäftsordnung (AGO) - Organisationshandbuch mit Kommentar für die öffentliche Verwaltung in Bayern. Stand 1. Oktober 2009. 73,12 €.

55. Ergänzungslieferung zu Leonhardt, Jagdrecht. Bundesjagdgesetz - Bayer. Jagdgesetz - Ergänzende Bestimmungen. Kommentar. Stand 1. Oktober 2009. 51,30 €.

76. Ergänzungslieferung zu Hillermeier/Bloeck, Kommunales Vertragsrecht. Handbuch für die Vertragsgestaltung und Sammlung von Vertragsmustern mit Erläuterungen. Stand 1. September 2009. Inkl. CD-ROM. 45,78 €.

79. Ergänzungslieferung zu Harrer/Kugele, Verwaltungsrecht in Bayern. Ergänzbares Rechtssammlung mit Kommentar (BayVwVfG und VwVfG, VwZVG, VwGO). Stand 1. September 2009. 89,78 €.

118. Ergänzungslieferung zu Hartinger/Rothbrust, Dienstrecht Bayern II. Arbeitsrecht/Tarifrecht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Stand November 2009. Inkl. CD-ROM. 25. Ausgabe. 83,30 €.

Hinweis

Für die Jahrgänge 2009 und 2010 des Bayerischen Justizministerialblattes wird wiederum eine Einbanddecke hergestellt.

Herausgeber/Redaktion: Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Prielmayerstraße 7, 80335 München, Telefon (0 89) 55 97-01, E-Mail: poststelle@stmjv.bayern.de

Technische Umsetzung: Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck: Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25, Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen: Das Bayerische Justizministerialblatt (JMBl) erscheint nach Bedarf mit bis zu zwölf Heften

jährlich. Es wird im Internet auf der „Verkundungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkundungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Bayerischen Justizministerialblatts kostet 30 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkundungsplattform Bayern“ entnommen werden.

ISSN 1867-9145